

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierjährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelseitige Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluss ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 16. Mai 1931

35. Jahrgang

Nummer 20

Ein Blick in die Zukunft

Was wird aus dem Arbeitslosenheer?

Mehr und mehr wird die Arbeitslosigkeit zu einem Kardinalproblem unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Gelingt es nämlich nicht, das Arbeitslosenheer baldigst zu demobilisieren, dann wird die finanzielle Unterstützung der Erwerbslosen immer schwieriger. Bei der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen und der gegenwärtigen parlamentarischen Situation kann jedes Anbohren neuer Einnahmeverquellen zu politischen Konflikten mit unübersehbaren Folgen führen. Das gleiche ist zu befürchten, wenn man versuchen wollte, eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unterstützungsmpfänger vorzunehmen. In diesem Falle würde man nicht nur staatspolitische, sondern auch tarifpolitische Gefahren schlimmster Art beschwören. Es kann daher nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Milderung der Arbeitslosigkeit vorläufig das Hauptproblem der Gewerkschaftspolitik sein und bleiben muß.

Nach dem letzten Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat zwar der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr schon Mitte Februar eingelebt. In den beiden vorhergehenden Jahren trat dagegen eine Erleichterung erst zu Anfang März ein. Aber trotz dieser verhältnismäßig frühzeitigen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bleibt zu beachten, daß am 15. April in Deutschland noch 4,6 Millionen Arbeitsuchende gezählt wurden. Und wenn auch zu erwarten ist, daß, wie in früheren Jahren, bis Juni die Arbeitslosenziffer weiter sinken wird, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß durch diese saisonmäßige Erleichterung der größte Teil der 4,6 Millionen in Arbeit gebracht wird. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß wir auch im Sommer auf diese Weise mindestens 3 Millionen Arbeitslose behalten werden. Daraus ergeben sich aber für die kommende Herbst- und Winterzeit furchtbare Perspektiven. Ein Arbeitslosenheer von 6 bis 7 Millionen erscheint nicht ausgeschlossen. Hatten wir doch Mitte April dieses Jahres allein 1,7 Millionen Arbeitslose mehr als im Vorjahr, obwohl schon 1930 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von über 3 Millionen gerechnet werden mußte. So sind, wie gesagt, die Zukunftsaussichten, wenn keine grundlegenden Aenderungen eintreten.

Diese grundlegenden Aenderungen können von zwei Seiten kommen, von einer Wirtschaftsbelebung und einer Arbeitszeitverkürzung. Soweit die Wirtschaftsbelebung in Frage kommt, ist eine pessimistische Haltung durchaus angebracht. Der automatische Aufschwung fehlt bis jetzt, von der saisonmäßigen Belebung abgesehen, vollkommen. Die hohen Zinssätze, die starren Preise und sonstigen Symptome lassen auch nicht vermuten, daß es in absehbarer Zeit besser wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung haben bis jetzt auch verlängert, da nach der Lohnabbauaktion und der damit verbundenen Preissenkung die Lage sich nicht gebessert, sondern vielerorts noch verschlechtert hat. Ein Weiter-schreiten auf diesem Wege, das heißt, durch Verschlechterung der

Arbeits- und Lohnbedingungen einen Weg aus der Krise zu finden, ist daher als völlig abwegig und äußerst verhängnisvoll zu bezeichnen. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit einen erheblichen Teil der Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Nur die gesetzliche Einführung der Vierzigtundenwoche wird eine halbige und wirksame Entlastung des Arbeitsmarktes bringen können! Diese gewerkschaftliche Forderung, die sich auch die Brauns-Kommission, allerdings nur in ungenügendem Maße, als Erkenntnis zu eigen gemacht hat, muß jetzt die Parole aller Arbeitnehmer werden.

Doch die Gewerkschaften diese Arbeitszeitverkürzung erstreben ohne Lohnausfall, ist bei dem geschilderten Existenzminimum der Arbeiterschaft selbstverständlich. Ob es aber in jedem Falle gelingt, dieses Ziel hundertprozentig zu erreichen, ist fraglich. Die entscheidende Frage wird daher sein, ob die kürzere Arbeitszeit auch dann zu bejahen ist, wenn ein teilweise Lohnausgleich nicht vermieden werden kann. Die Antwort darauf wird nur von Fall zu Fall gefunden werden können. Im allgemeinen möchte man sie bejahen, denn es gilt Schlimmeres — man möchte sagen, das Schlimmste — zu verhüten. Gelingt es nämlich nicht, der katastrophalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Einhalt zu gebieten, dann ist, wie bereits erwähnt, eine austreichende Unterstützung der Arbeitslosen gefährdet. Die Folge davon würde wahrscheinlich sein, daß die Not der Erwerbslosen zu einer maßlosen Lohnrükerei und damit zur Beseitigung jeglicher Lohnförderung führen würde. Ist nämlich der Damm des Arbeitslosenschutzes einmal durchbrochen, dann gibt es im Kampf um die Arbeitsstelle kein Halten mehr. Mit einem Schlag würden sämtliche tariflichen und sozialen Errungenhaften besiegt. Genau wie in früheren Krisenzeiten würden die Unternehmer nicht davor zurücktreten, durch rücksichtslosen Lohnabbau und unsoziale Maßnahmen himmelhohende Zustände herauszubringen. Die Arbeiterschaft und ihr Organisationswerk könnte um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Das klingt furchtbar und übertrieben. Aber wir wollen als Gewerkschafter keine Vogel-Strauß-Politik treiben. Wir müssen die Dinge leben, wie sie wirklich liegen und welche Formen sie in der nächsten Zeit annehmen können. Und jeder wird zugeben müssen, daß, wenn nichts Entscheidendes geschieht, das Arbeitslosenproblem zu einer Schicksalsfrage für das gesamte Volksleben wird. Ueberall da, wo durch die Einführung der Vierzigtundenwoche eine Milderung der Arbeitslosennot erreicht werden kann, muß daher mit dem größten Nachdruck dafür eingetreten werden. Und zwar auch nicht zuletzt deshalb, weil in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges erfahrungsgemäß viel leichter eine Steigerung der Löhne als eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist.

Massenversammlungen gebührend beklagt werden. Eine Widerlegung dieser Beweisführung mit wirtschaftswissenschaftlichem Rüstzeug ist wiederum nicht möglich. Aber das ist auch gar nicht notwendig, denn konsequent zu Ende gedacht, endet das Ganze im Humor. Uns geht es schlecht, weil wir Reparationen zahlen müssen, den anderen geht es noch schlechter, weil sie Reparationen erhalten. Hätten wir den Krieg gewonnen, dann würden wir es sein, die unter der Krise der Kapitalfülle zu leiden hätten, denn dann würden wir ja das Reparationen empfangende Land sein. Es ginge uns dann, analog den heutigen Verhältnissen in Amerika und England, noch schlechter als es uns jetzt schon geht. Statt der fünf hätten wir dann vielleicht sechs oder sieben Millionen Arbeitslose. Ergo ist es für uns ein großes Glück, daß wir den Krieg verloren haben. Jawohl, ein solcher Unsinn steht, wenn jemand nationalsozialistische Theorien zu Ende denkt. Wundert es uns noch, daß der Faschismus, wenn er in Deutschland einmal zur Macht kommen sollte, die Meinungsfreiheit verbieten will? Ach, wäre doch nur schon das Mittel erstanden, auch das Denken verbieten zu können! Wir alle lebten dann glücklich und zufrieden und würden uns an diesen italienischen Salat nicht mehr den Magen verderben.

Den Vogel hat aber auch in dieser Beziehung der Chef der zweitstärksten deutschen Partei, Adolf Hitler, persönlich abgeschossen. Er hat eine neue Theorie der Reparationsbelastung aufgestellt. Und die sieht etwa folgendermaßen aus. Wenn wir eine Milliarde an das Ausland abgeben, so fehlt uns diese auf dem inneren Markt, wo mit dieser Summe das Mehrfache des von ihr repräsentierten Wertes an Wirtschaftsgütern erzeugt werden könnte. Das Geld schlägt sich ja immer wieder um. So werden beispielsweise mit immer der selben Million Mark im ersten Monat Häuser gebaut, im zweiten Schächte abgeteuft, im dritten Automobile hergestellt usw. So stellt es sich Adolf Hitler vor, denn aus keinem anderen Grunde sonst konnte er zu folgender von ihm niedergelegter Schlussfolgerung kommen, die da lautet: unsere jährliche Reparationssumme beträgt in Wirklichkeit 10 bis 12 Milliarden Mark. Freilich ist es auch hier außerordentlich schwer, Narrenweisheit mit nationalökonomischen Argumenten korrigieren zu wollen. Gegen derartigen Unfug hilft nichts anderes als ihn konsequent zu Ende zu denken, dann erledigt er sich am sichersten von selbst. Also nehmen wir an, Adolf Hitlers „Mehrbelastungstheorie“ stimmt, dann wäre auch folgender analoger Tatbestand richtig. Wir leihen uns im Ausland eine Milliarde, erzeugen damit für 12 Milliarden Mark Werte und zahlen dem dummen Gläubiger schmunzelnd wieder die eine Milliarde zurück. Demnach wäre sogar, nach nationalsozialistischer Beweisführung, unsere gestiegene Auslandverschuldung ein Segen für uns, während der nationalsozialistische Agitator denselben Umstand für unser Unglück verantwortlich macht. Wir fragen nur, wie erklärt sich dann überhaupt die Begriffsverwirrung, die den Leiter der zweitstärksten deutschen Partei besangen hält? Der Grund liegt in alzu primitiven Vorstellungen über das Wesen des Geldes, die wir wieder und immer wieder vorfinden, wenn Nationalsozialisten in Wirtschaftspolitik machen. Man müßte eigens für diese sonderbare Schicht unserer deutschen Volksgenossen ein Lehrbuch über volkswirtschaftliche Grundbegriffe schreiben. Darin sollte als erster und leitender Satz prangen: „Geld ist eine Anwendung zum Bezug von Waren“. Selbst wenn es so wäre, wie Adolf Hitler meint, wie es aber in der Tat nicht ist, daß wir nämlich unsere Reparationsverpflichtungen in deutschem Gelde abbeden müßten, dann würden die deutschen Zahlungsmittel bestimmt nicht lange in den Geldschranken der Reparationen empfangenden Länder liegen bleiben. Da man für deutsche Mark nur in Deutschland kaufen kann, so würden sie bald zum Ankauf deutscher Waren Verwendung finden, also zu uns zurückströmen. Dem Geldstrom folgt der Warenstrom, was sich aus dem oben aufgestellten volkswirtschaftlichen Grundsatz, daß das Geld nur einen Bezugsschein auf Waren darstellt, als Selbstverständlichkeit ergibt. Das wußten natürlich die Sachverständigen, die alle bisherigen Reparationspläne schmiedeten. Sie haben deshalb die Wege stark vereinfacht, was aus dem Youngplan am deutlichsten hervorgeht. Dort ist nämlich bestimmt, daß die uns aufgebürdeten Lasten zum Teil durch direkte Warenlieferungen (Sachlieferungen) und zum anderen Teil durch Devisen abgetragen werden müssen. Devisen sind ausländisches Geld, und im Youngplan steht wörtlich zu lesen, der über die Sachlieferungen und den ungeschützten Teil der Annullität hinausgehende Teil „soll in gleichen monatlichen Teilstufen in ausländischer Währung zahlbar sein“. Um die erforderlichen Devisen zu erhalten, müssen wir Waren exportieren, so daß auch hier wiederum das Reparationsproblem zu einem Problem der Warenlieferung wird. Freilich ist unsere Reparationschuld eben aus diesem Grunde in ihrer Höhe wandelbar, da der uns auf Reparationskonto gutzuschreibende Betrag, soweit die Sachlieferungen in Frage kommen, sich entsprechend dem Absturz des Weltmarktpreisniveaus vermindert, wir also für das gleiche Warenquantum weniger angerechnet bekommen. Ebenso müssen wir bei gesunkenen Weltmarktpreisen entsprechend mehr Waren exportieren, um die von uns der internationale Zahlungsbank in Basel zu übergehenden Devisen zu erhalten. So nimmt man an, daß der zur Zeit herrschende Tiefstand der Weltmarktpreise unsere Reparationslast um etwa 15 bis 20 Prozent erhöht hat. Theoretisch würde eine Verzehr- oder Verzögerung unserer Reparationslasten erst eintreten, wenn das jetzige Weltmarktpreisniveau um 90 bis 92 Prozent absinken würde. Das ist natürlich hofflose Phantasie, aber Adolf Hitler stellt sie uns heute schon als Wirklichkeit hin.

Wir fragen uns nur, wie es möglich ist, daß der deutsche Faschismus sich so großer Förderung durch die erzkapitalistisch eingestellten Volksgruppen erfreut. Gerade dort sollte doch ein Maß von wirtschaftlichen Kenntnissen vorausgesetzt werden können, das den Nationalsozialismus zu dem stempelt, was er in wirtschaftspolitischer Beziehung ist, nämlich kindliche Spielerei. Aber davon ist nichts zu merken. Der Grund ist klar, die nationalsozialistische Agitation lenkt besser als alles andere vom wahren Krisengrunde, der Existenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, ab. Und das lohnt man ihm in den Kreisen, die am Fortbestehen des Kapitalismus interessiert sind.

Der Faschismus und die Wirtschaftskrise

Es gehört zu den nationalökonomischen Anfangskenntnissen, daß die Krise ein wesensbestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Darüber herrschte schon seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts auch in der nationalökonomischen Fachwissenschaft vollste Einigkeit. In diesem Punkte ist zwischen Adam Smith, dem Theoretiker des Liberalismus, und Karl Marx, dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, keine Meinungsverschiedenheit zu entdecken. Erst in der Beurteilung der Folgen, die der kapitalistische Konkurrenzkampf zeitigt, werden Liberalismus und Sozialismus zu wissenschaftlichen und politischen Gegenpolen.

Dem Faschismus ist es allerdings gelungen, unter vollkommener Ignoranz der Lehren der nationalökonomischen Klassiker neue Sündenböcke für die Krise und das mit ihr verbundene Massenelend zu finden. Dabei wird nun nicht etwa den Beweggründen der Wirtschaftsbewegung ernsthaft nachgegangen, sondern man sucht nach hausbackenen Parolen, die in Italien ebenso wie in Deutschland gerade noch der dümmste Zuhörer versteht. Mussolini macht Amerika für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Dort hat sie ihren Anfang genommen, und deshalb werden die USA mit dieser Schuld belegt. Vor Tisch, also bevor noch die Wirtschaftskrise auch den italienischen Arbeitsmarkt und den italienischen Staatshaushalt verwirrt, las man es freilich anders. Damals hielt es in allen pomphaften Neuzeitungen des allmächtigen Duce, die Austragung der Interessengegenseitigkeit zwischen Arbeiter und Unternehmer sei der wahre Grund der kapitalistischen Anarchie. Hier müsse dem Staat die oberste Entscheidung eingeräumt werden, und die Harmonie sei gesichert. So wurden dann Streiks und Aussperrungen verboten, und der Tag, an dem die Carta del Lavoro, das Gesetzbuch der Arbeit, verabschiedet wurde, sollte einen Wendepunkt in der Geschichte bedeuten. Das wurde er nun freilich nicht, trotz allem byzantinischen Rummels, der aus diesem Anlaß veranstaltet wurde. Er konnte es auch nicht werden, da die faschistische Wirtschaftstheorie gleich an ihrem Anfangspunkte von einem direkt auf den Kopf gestellten Tatbestande ausgeht. Nicht das Vorhandensein von Interessen- und Klassengegenseitigkeiten und deren machtpolitische Austragung ist die Ursache der anarchistischen Wirtschaftszustände, sondern gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der anarchistische Kapitalismus erzeugt diese Gegenseitigkeit. Es ist nicht draußen kalt, weil das Thermometer fällt, sondern das Thermometer fällt, weil es draußen kalt ist. Das durfte sich, auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben übertragen, der Faschismus natürlich niemals eingestehen, denn sonst hätte man konsequenterweise bei dem wahren Grunde, nämlich beim Wirtschaftssystem, mit den Heilvorstellungen einzehen müssen, und das wäre nicht mehr Faschismus, sondern Sozialismus gewesen. Natürlich kann der „unfehlbare“ Mussolini jetzt nicht umschwenken. Er darf auch nicht mehr den wahren

Die Form moderner Grabsteine

Unter diesem Titel hat der Verlag Otto Baumgärtel, Berlin, eine Mappe herausgegeben, jedenfalls war der Verlag der Meinung, den Bestrebungen zur Erneuerung der Friedhofskunst, im Hinblick auf die Grabmale, zu dienen. Die „modernen Grabsteine“ hat der Architekt A. Linden gezeichnet. Darüber erhalten wir von Herbert Volwassen, akad. Bildhauer, Dresden-Blaewitz, folgende kritische Besprechung, der wir deshalb gern Raum geben, weil sie sich in der Hauptsache mit unserer allgemeinen Auffassung auf dem Gebiete der Grabmalkunst deckt:

Es besteht kein Zweifel: Die Schwere unserer Zeit hat nicht nur wirtschaftliche Ursachen. Wer Verantwortung fühlt, wird in dem gleichen Maße von geistigen Konflikten beherrscht, so daß es nur eine Frage des weltanschaulichen Standpunktes ist, welche von beiden Triebkräften, die ökonomische oder die geistige als entscheidend angesehen wird. Dieselben Erscheinungen haben alle Schichten, Klassen und Berufe durchdrungen. So sind auch in der Steinbildhauerrei die fun standwerklichen Probleme, also die geistigen, nicht geringer als die wirtschaftlichen.

Wer sich von uns mit einer Erneuerung der Friedhofskunst befiehlt, muß erst jene harte Mauer durchbrechen, die immer noch in Gestalt von Vorzellanengeln und Scheufliechten aus allen falschen „Stilen“ der letzten 50 Jahre die Sicht auf neue Werte verdeckt. Eine weitere Gefahr droht dem Kunsthändler von der Industrie, die Granit in weitestem Maße maschinell bearbeitet, und von der Serienfabrikation des Kunsteines, einer Zementmischnung, die weder mit Kunst noch mit Stein etwas gemein hat, aber wegen ihrer Billigkeit die Friedhöfe überschwemmt. Der Kaufmann hat den Meister verdrängt, und die vielen Herren in weißen Kitteln, die heute die Grabsteine geschäftig leiten, wissen mit Schreibmaschine und Lohnraten weit besser umzugehen, als mit Schlägel und Meißel. Und doch sind noch viele, die wissen, daß das künstlerische Grabmal die einzige würdige Ehrung für den Toten ist. Eine neue Bewegung ist im Werden. Sorgen wir dafür, daß sie nicht wieder von Schlagwörtern erschlagen wird und sich so als „Stil“ totläuft und enttäuscht!

Nun hat der Verlag Otto Baumgärtel die eingangs erwähnte Mappe herausgegeben, von einem Architekten gezeichnet. — Man lasse sich diese Mappe zur Warnung dienen!

Zwei Worte liegen bei; das letzte, welches Linden in Form eines Briefes schreibt, ist nichts als ein arroganter Unsinn. Ich darf in aller Offenheit sagen, weil er darin versichert, „... ich freue mich über die härteste Kritik“. Und zuvor „... ich möchte Ihrem Urteil nicht vorgreifen, doch glaube ich durch die Linienführung etwas Neues geschaffen zu haben“. Nein, Herr Linden, vor sechs Jahren haben andere und ich selbst durch Kombination einfacher Kuben in dieser Richtung experimentiert, einige solcher Grabsteine sind auch ausgeführt worden; doch haben diese Versuche nur zu klar bewiesen, daß das kein Weg zu einer neuen Friedhofskultur ist. Zugleich haben wir damals erfahren, daß die Symmetrie ein Formelement des Sakralen ist; und heute proklamieren Sie die willkürliche (und recht planlose) Gewichtsverlegung, die vor einigen Jahren als interessant galt. „... ich kann wohl sagen, es machte mir wenig Mühe, denn unter den Stücken war manches Gute, und von diesem suchte ich mir das Beste heraus. ...“ Wir wollen das Beste vom Guten, das mit so wenig Mühe gefunden wurde, einmal genau ansehen.

Ein Architekt entwirft Grabmäler und entzieht so dem Steinbildhauer das Wertvolle seines Berufes: die schöpferische Arbeit! Dieser Zustand ist von vornherein ungünstig, weil durch ihn der Bildhauer zum Handlanger des Architekten erniedrigt wird. Der Architekt, der nie einen Krönel in der Hand gehabt hat, glaubt lediglich auf dem Papier dem Stein Form und Gestalt geben zu können.

Das sollte richtiger nur der vollführen, der mit dem Stein vertraut ist, mit seiner Dichte und Härte, mit seinem „Wachstum“ und Alter, wer ihn unter den Händen gespürt und seine Oberfläche bestastet hat, als sie sich bei der Arbeit verwandelte. Nur wer so in Stein denken gelernt hat, kann den Stein gestalten!

Gestalten heißt: Eigenarten, die im Stoffe ruhen, wahrzuführen. Nicht zufällig wählt man den Stein zum Grabmal! Kein Material eignet sich so zum Sinnbild des Todes, der Ewigkeit, der Erhabenheit. Die Leistung des Gestaltenden besteht darin, diese Werte als Eigenarten im Stoff auszuprägen und allen sichtbar zu machen. Gestalten heißt nicht, sich auf dem Papier Formen auszudenken, die ebenso gut in der Reklamebranche verwendet werden können, aber

nicht auf den Friedhof gehören. Man entwirft Plakate und Stoffmuster, man dekoriert Schaufenster und Hochzeitstafeln. Das paßt jedoch nicht an Grabsteinen. In Verkenntung dieser fundamentalen Gesetze hat A. Linden Grabsteine „entworfen“, von denen manche an Hochhäuser, andere an Schaufensteratrappen erinnern.

In beiden Vorworten wird gern die Sachlichkeit und große Einlichkeit der Entwürfe hervorgehoben. Man hat offenbar immer noch nicht begriffen, daß das ewige Geschreie nach Sachlichkeit im Reiche der Kunst ein unfreiwilliges Armutszeugnis bedeutet. Als ob wir uns mit dem Formenreichtum und der künstlerischen Intensität alter Grabmäler messen könnten, die auf vergessenen Friedhöfen stehen. Sie entstanden in Zeiten, in denen es noch nicht Mode war, Unvermögen mit Schlagworten zu bemänteln,

Und wie sieht die heute so gepriesene Sachlichkeit aus? In absoluter Unkenntnis des handwerklichen Vorganges und durch Vergewaltigung des Materials werden Kuben aneinander gefügt und mit allerlei Kanten und Vorprägungen versehen“, ... die den Charakter des Verstorbenen ausprägen sollen, „und da ist jeder Kitsch aufs höchste verpönt.“ Wie nennen Sie denn die Kringelchen aus Blech und Nickel, Herr Linden, mit denen Sie Ihre sonderbaren Gebilde verzieren? Ich entinne mich, daß dergleichen auf Pralinen-Badungen gemalt wurden, als man noch nicht begriffen hatte, daß der Expressionismus eine geistige Bewegung war und keine Modeerscheinung zur Belebung der Konjunktur.

Dieser Architekt ist ein schlechter Dekorateur, aber kein Gestalter. Dekorativ nennen wir die nur ästhetische Form ohne fehlenden Gehalt (Kunstgewerbe), schmuckhaft dagegen die lebendige Kunstform, die in sinnvoller Beziehung zum Stein steht, die sie jedoch nicht hinzugefügt wird, sondern ihm entwächst (Kunsthandwerk). Es erübrigt sich, im weiteren die Beziehung des Verfassers zum Organischen zu untersuchen, demgegenüber et in Text und Zeichnungen eine völlige Ahnungslosigkeit zu verstehen gibt.

„Die Form moderner Grabsteine“ heißt die Mappe. Wir haben gesehen, daß diese Machwerke formlos sind, zugleich wissen wir, daß modern immer nur das Zeitverbundene ist, während es sich hier um einen Jugendstil in geraden Linien handelt, also um Antiquitäten.

Wir lehnen es ab, vom Architekten entworfene Grabsteine auszuführen, zumal wenn sie derart sind, daß sie den einfachsten Forderungen des Materials und des Handwerks widerstreiten. Das kann nicht eindeutig genug gesagt werden, damit nicht immer wieder Unberufene die Situation noch mehr verwirren, anstatt schaffend und klarend zu wirken.

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung
und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.
Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Kommunistische Gelbsucht

In einer Rundschau notiz in Nr. 5 des „Steinarbeiter“ haben wir bereits auf die merkwürdigen gewerkschaftlichen Handlungen in der Berliner „Citydruckerei“ hingewiesen. Das ist jene Druckerei, in der die „Rote Fahne“, das KPD-Zentralblatt, gedruckt wird. In jeder Ausgabe werden die Gewerkschaften angepöbelt und ihnen Moskauer Lehren erteilt. Diese muten, im Durchschnitt gesehen, an, als wären sie von gewerkschaftlichen und politischen Analphabeten verfaßt. Abgesehen von diesen ist es wissenswert, wie sich nun die eingangs erwähnten gewerkschaftlichen Dinge in der betreffenden Druckerei entwickelt haben. Unter der obigen Ueberschrift berichtet darüber der „Korrespondent“, die gewerkschaftliche Zeitung für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, in seiner Nr. 32 vom 22. April 1931:

Inzwischen hat die weitere Entwicklung der Dinge in diesem Hort parteipolitischer Propaganda dazu geführt, daß alle noch in diesem Betrieb Beschäftigten aus den in Frage kommenden Gewerkschaften ausgeschlossen werden müssten. Es wird daher die „Rote Fahne“ in Berlin heute nur noch von gewerkschaft-

lichen Unorganisierten hergestellt, und zwar nach Grundsätzen, die bisher als typische Kennzeichen der „Gelben“, d. h. willensloher Unternehmerfreunde, gegolten haben.

Handelte es sich bei jenem ersten Stadium kommunistischer Gelbsucht mehr um die Angst vor der Einsichtnahme Andersdenkender in die parteipolitische Giftmischerei und Arbeiterverschwendung im eigenen Herkunftsland, und spielte zunächst die Sorge um die „Wirtschaftlichkeit“ des Betriebes der „City“-Druckerei noch eine untergeordnete Rolle, so trat diese Spekulation nachdem endlich parteipolitisch „unter sich“ war, um so dreister hervor. Denn wozu sollte man schließlich überhaupt „gefäßert“ haben, wenn dabei für die linientreue Gefinnung nicht auch noch das letzte Opfer gebracht werden sollte. Da kam dann die Verordnung vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wie gerufen. Sie gab den Kanarien der „City“-Druckerei Gelegenheit, ihre wirtschaftsfriedliche Gefinnung ihren Brotgebern gegenüber durch folgenden Beschluß in Nr. 85 der „Roten Fahne“ unter der idyllischen Balkenüberschrift „Unsere Antwort an Brünning und Severing“ zu verbünden und zu verherrlichen:

Die Belegschaft der Citydruckerei wird innerhalb der nächsten drei Monate täglich eine Stunde freiwillige Arbeit ohne Bezahlung leisten und die Parole „Sparen an jedem Pfennig“ zum Leitmotiv ihrer Handlungen machen, um den gegebenen Anforderungen der revolutionären Bewegung gerecht zu werden.

Das ist unsere Antwort an Brünning und Severing.

Unre freiwillige Arbeit nimmt keinen arbeitslosen graphischen Arbeiter die Beschäftigung. Sie gibt der Partei die Möglichkeit, die behördlichen Schikanen und die Auswirkungen der Vorschriften gegen die revolutionäre Literatur zu einem Teil unwirksam zu machen.

Wir verurteilen und charakterisieren diesen Beschluß als Merkmal gelber Gefinnung nicht deshalb, weil er den scheinheiligen Stempel parteipolitischer Opferwilligkeit trägt, sondern deshalb, weil er einen Verrat und eine Preisgabe gewerkschaftlicher Grundsätze darstellt. Denn hier handelt es sich um eine Verschärfung grundlegender gesetzlicher Arbeiterschutzbestimmungen und der von den Gewerkschaften unter großen Opfern erkämpften tariflichen Rechte aus rein parteipolitischer Liebedienerei oder Knechtseligkeit. Wir sind Gegner der Notverordnung vom 28. März d. J. zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, insbesondere des zweiten Abschnitts dieser Verordnung, der die bisherigen gesetzlichen Verbotsmöglichkeiten von Zeitungen und anderen Druckschriften wesentlich erweitert und erleichtert; aber wir erblicken in dem von den KGD-Kadetten der Berliner „City“-Druckerei beliebten „Protest“ gegen diese Verordnung weder ein sachlich wahrhaftes noch von gewerkschaftlichen Grundsätzen aus empfehlenswertes Mittel, sondern einen geradezu frevelhaften Verrat fundamentalster Arbeiterinteressen. Ist es schon an und für sich eine unverantwortliche Preisgabe politischer Meinungsfreiheit, wenn das Arbeitsverhältnis von der parteipolitischen Tendenz des Betriebszweckes abhängig gemacht wird, wie dies neuerdings in den meisten kommunistischen Parteibetrieben auch an andern Orten üblich geworden ist, so muß die im vorliegenden Fall zutage getretene bewußte Untergrabung arbeitsrechtlicher Grundätze in Richtung der reaktionären Wünsche und Forderungen des Unternehmertums geradezu als parteipolitische Verhöhnung des ganzen bisherigen Rings der freien Gewerkschaften empfunden werden. Wird doch dadurch der Forderung der arglistigen Scharfmacher und Befürworter der privatkapitalistischen Wirtschaft auf Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnsenkung in geradezu frivoler Weise von kommunistischer Seite Vorschub geleistet. Auch der Zweck dieser reaktionär-radikalen Liebedienerei vor parteipolitischen Höhen ist ein völlig verfehlter. Denn seine letzte Erfüllung würde doch nichts andres bedeuten als die Ersekzung einer Diktatur oder Gewalt herrschaft durch eine andre, und zwar durch die Träger einer Diktatur, die bisher schon vor den gemeinsten Mitteln nicht zurückgeschreckt sind, um die politische und gewerkschaftliche Abwehrkraft der deutschen Arbeiterschaft durch parteipolitische Verhöhnung und Zersplitterung zu schwächen, statt sie zu festigen. Die parteipolitische Opferbereitschaft spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle; ihr könnten auf einwandfreier Weise mit gleicher Hingabe Rechnung getragen werden. Ausschlaggebend ist die bewußt und rücksichtslos vollzogene Preisgabe der im Interesse der arbeitslosen Kollegen von den Gewerkschaften geforderten Einführung der Fünftagewoche durch freiwillige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnsenkung in geradezu frivoler Weise von kommunistischer Seite Vorschub geleistet. Auch der Zweck dieser reaktionär-radikalen Liebedienerei vor parteipolitischen Höhen ist ein völlig verfehlter. Denn seine letzte Erfüllung würde doch nichts andres bedeuten als die Ersekzung einer Diktatur oder Gewalt-

herrschaft durch eine andre, und zwar durch die Träger einer Diktatur, die bisher schon vor den gemeinsten Mitteln nicht zurückgeschreckt sind, um die politische und gewerkschaftliche Abwehrkraft der deutschen Arbeiterschaft durch parteipolitische Verhöhnung und Zersplitterung zu schwächen, statt sie zu festigen. Die parteipolitische Opferbereitschaft spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle; ihr könnten auf einwandfreier Weise mit gleicher Hingabe Rechnung getragen werden. Ausschlaggebend ist die bewußt und rücksichtslos vollzogene Preisgabe der im Interesse der arbeitslosen Kollegen von den Gewerkschaften geforderten Einführung der Fünftagewoche durch freiwillige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnsenkung in geradezu frivoler Weise von kommunistischer Seite Vorschub geleistet. Auch der Zweck dieser reaktionär-radikalen Liebedienerei vor parteipolitischen Höhen ist ein völlig verfehlter. Denn seine letzte Erfüllung würde doch nichts andres bedeuten als die Ersekzung einer Diktatur oder Gewalt-

machen sich besonders stark im Frühjahr bemerkbar. Durch das Tauen und Weichen des Frostes bleibt eine gewisse Feuchtigkeit zurück, durch die die oberen Schichten der Straßen mitunter auf Strecken bis 300 Meter aufgeweitet werden. Bei derartigen Schäden bleibt nichts anderes übrig, als die betroffenen Straßenteile von Grund auf neu zu bearbeiten. Über die zweckmäßige Gestaltung entscheidet dabei die vielseitige Erfahrung des Straßenmeisters.

Die Straßen werden während solcher Reparaturarbeiten nur in den seltensten Fällen ganz gesperrt. Deshalb ist ja auch die Arbeit bei Straßenerneuerungen schwierig. Während der Arbeit muß wohl oder übel der ganze Verkehr aufrechterhalten werden. Gewöhnlich wird dabei so verfahren, daß erst der linke Teil der Straße renoviert und danach der rechte Teil in Angriff genommen wird. Die Fahrzeuge werden dann jeweils über den nicht unter Bau liegenden Straßenteil geleitet. Und hierbei hat der Straßenmeister seine Geschicklichkeit einzusezen, denn der Bau muß vorantkommen und der Verkehr darf trotzdem nicht Stocken. Das kostet Nerven! Welchen Umfang der Verkehr hat, beweist die Statistik. Eine Fernverkehrsstraße passiert innerhalb acht Stunden etwa 600 bis 700 Kraftwagen. Dazu kommen aber noch die Pferdefuhrwerke, Handwagen, Fahrräder, Fußgänger. All dieser Verkehr belastet die Straße auch während des Baues. Und wenn die Autos die Langsamfahrschilder einhalten würden, ginge es ja noch, aber 80 Prozent aller Automobilisten achten nicht auf die Bauhölder: „15 Kilometer fahren!“ Dann muß auch oft genug vermittelt werden, wenn sich ein Chauffeur und ein Kutscher in die Haare kriegen, weil die Pferde dem Autoführer nicht schnell genug aus dem Wege fahren. Und, damit es nicht vergessen wird: neben den täglichen Straßenunterhaltungsarbeiten hat der Straßenmeister noch für die Behandlung der Obstbäume, deren Verzweigungen und die Schädlingsbekämpfung zu sorgen. Die schwierigste Dienstzeit des Straßenaufzugspersonal ist zweifellos bei Eintritt der kalten Jahreszeit, dann hat der Straßenmeister alle Hände voll zu tun, die Straßen von Glätte und Schneeverwehungen zu befreien.

In dem vorstehenden Sinne hat sich die Ausfragerei des Straßenmeisters über seinen Dienst vollzogen. Aber es hätte durchaus nichts geschadet, wenn er auch über die nach seinen Erfahrungen praktischste Straßendecke und über die sonst noch bei den Wege- und Straßenbauten in Frage kommenden Arbeiten und Arbeiter-Auslastung gegeben hätte. Das ist sicher die Steinklopferfertigkeit (wahrscheinlich wurde er darüber nicht gefragt). Der Steinklopfer holt vor seinem Schotterhaufen und wird von den wenigsten, die sich für den Straßenbau interessieren, beachtet, weil fast immer die Aufsicht vorherrscht, dieser Steinklopfer, der Chaussee sei nur so eine Art gebildetes Nebel und erhalte Gnadenbeschäftigung. Leider ist nicht selten solche Auffassung zu hören, zumal die meisten Steinklopfer älter aussehen wie sie in Wirklichkeit sind und mit Rückicht auf den Steinstaub und die Witterungseinflüsse sich auch entsprechend einpuppen, so daß eine Verweichung mit einer Vogelscheuche möglich ist. Das schlechteste Zeug und der verhauende Hut ist gerade gut genug. Jene Autoinassen, denen es fast durchweg nur auf das Kilometerzählen ankommt, sind die Hochläufigen gegen den Steinklopfer. Gezwungen freundlich sind die Hochläufigen gegen den Steinklopfer, die Kilometerzähler gegen den Steinklopfer.

Steinklopfer duce dich, friz aus der Hand, denk jener, die von der Arbeit verbannt, freu dich, daß du noch darfst den Hammer schwingen,frage nicht nach Lohn und anderen Dingen. — Steinklopfer duce dich, friz aus der Hand, sei folgsam und meide jeden Verband, spar dessen Beitrag und sei er noch so klein, dann siehst du bei der Arbeit nur Sonnenschein. — Steinklopfer duce dich, friz aus der Hand, baue Kartoffeln auf eigenem Land. Sorge in allem und immer nur für dich, dann bleibst du der richtige Michel für mich. — *

Aus dem Wetterwinkel



In einem Berliner Beamtenblatt, das den organisierten Arbeitern sehr nahe steht, konnte man fürzlich von einer Unterhaltung (Interview, sprich: Interview) lesen, die zwischen einem Weg- oder Straßenmeister und einem Schreibbeamten stattgefunden hat. Der Mann vom Straßenaufsichtspersonal wies mit Recht darauf hin, daß ein großer Teil Volksgenosse gar nicht weiß, welche Rolle heute der Landstraße im Personen- und Warenverkehr zu steht. Die meisten unterschätzen noch heute die Bedeutung der Landstraße.

Gestalten heißt: Eigenarten, die im Stoffe ruhen, wahrzuführen. Nicht zufällig wählt man den Stein zum Grabmal! Kein Material eignet sich so zum Sinnbild des Todes, der Ewigkeit, der Erhabenheit. Die Leistung des Gestaltenden besteht darin, diese Werte als Eigenarten im Stoff auszuprägen und allen sichtbar zu machen. Gestalten heißt nicht, sich auf dem Papier Formen auszudenken, die ebenso gut in der Reklamebranche verwendet werden können, aber

Kraft und Handwerksfertigkeit verfügt, den Schaden zu beheben. Recht drollige und amüsante Beobachtungen habe ich bei solchen Gegebenheiten schon machen können. Aber wenn ich auf jener Seite Geschwollenheit und Herablassung bemerke, verhalte ich mich natürlich um so zugänglicher und lasse sie murksen. Im Laufe der Jahre habe ich mir sogar alterhand Werkzeug zusammengehäuft, aufgelesen aus dem Landstrahndreieck, es war verloren oder verloren von den Kilometerstrassen und wenn ich behaupte, damit ganz gut und verständig umgehen zu können, ist das durchaus keine Übertreibung.

Mich auszufragen, also zu „interviewen“, hat schon mancher versucht, das ist nur wenigen gelungen, die meisten sind so oder so abgeblitzt. Und einer, dem es gelungen war, der hatte mich sogar aus Mitteid zum Schweinschlachten eingeladen. Das war vor einigen Monaten im Nachbarort, also noch nicht lange her. Selbstredend bin ich hin. Mit einem Schwips und fast in jeder Tasche Wurst und Fleisch, natürlich eingewickelt, bin ich dann spätabends wieder heimgetrottet. Solange dieser Vorrat reichte, summte mir tagelang als Takt beim Schotterklagen das dort gesungene blöde Lied in den Ohren. Es heißt so: „Hinaus in die Ferne mit Butterbrot und Speck, das essen wir so gerne, das nimmt uns keiner weg. Und wer das tut, den hau'n wir auf den Hut, den hau'n wir auf die Nase bis sie blut.“ Natürlich habe ich nach anfänglichem Sträuben und nachdem ich einzelne „Harte“, die bei solchem Fest nie fehlen, hinter der Binde hatte, diesen Quatsch mitgekommen, denn unter Wölfen muß man mit heulen. Das gediegene war bei diesem häuslich-traditionellen Fest, daß auch ein arbeitsloser Steinklopfer mit eingeladen war, der jetzt recht kleinlaut geworden ist gegen früher. Ich glaube, der hatte beim Nachausegehen noch mehr Wurst in seinen Taschen als ich. Bei dem Singen des blöden Liedes kam mir mein Hutmäger und seine Nase recht bedenklich nahe, so daß bei mir das Verlangen wuchs, darauf den Takt zum Liede zu schlagen, doch habe ich mich bezwungen, denn Kraften zum Schlachten eingeladen wird. Solche Einladungen sind in der gegenwärtigen Zeit des Lohnabbauens der Arbeitslosigkeit und der anderen Gewalttätigkeiten auf das Arbeiterleben, eine Abseitung. Und wenn einem dabei noch so einiges in die Taschen rutscht für die Verwendung an folgenden Tagen, ist es jedenfalls auch eine Aufheiterung zum Lebensmut. Das wiederum ist dann Veranlassung, bei dem Hantieren mit dem Hammer auf den zähnen Granit, Selbstgespräche mit den anderen Leidensgenossen zu führen. Die wirklich laufige Zeit mit ihren verwirrenden Einwirkungen auf Schwachmütige gibt dazu immer wieder Stoff. Ich will versuchen, solche Selbstgespräche in folgendem festzuhalten:

Steinklopfer duce dich, friz aus der Hand, denk jener, die von der Arbeit verbannt, freu dich, daß du noch darfst den Hammer schwingen,frage nicht nach Lohn und anderen Dingen. —

Steinklopfer duce dich, friz aus der Hand, sei folgsam und meide jeden Verband, spar dessen Beitrag und sei er noch so klein, dann siehst du bei der Arbeit nur Sonnenschein. —

Steinklopfer duce dich, friz aus der Hand, baue Kartoffeln auf eigenem Land. Sorge in allem und immer nur für dich, dann bleibst du der richtige Michel für mich. — *

Was irgend gelten will und wachsen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme • Karl Marx

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Was erzählt uns die Jahresabrechnung der Hauptklasse für 1930

Im Nachfolgenden werden die Kollegen nicht durch Zahlen ermüdet, sondern es wird versucht, klarzulegen, was aus den anscheinend so trockenen Zahlen hervorschaut für den, der sie aufmerksam liest und sich die Mühe gibt, Vergleiche und Folgerungen zu ziehen. Nun soll das nicht erstaunlich sein, sondern nur „rob“ geschehen und alles Statistische vermieden werden. Als Unterlagen sind die Jahresabrechnungen von 1930 und 1929 (s. „Steinarbeiter“ Nr. 14) sowie die einzelnen Quartalsabrechnungen des Jahres 1930 benutzt.

Bon den Einnahmen interessieren nur die von den Mitgliedern geleisteten Beiträge jeder Art. Da können wir gleich bei „Eintrittsgeld“ ermessen, wie die Krise im vergangenen Jahr die Werhemöglichkeit für den Verband beeinträchtigte. Rund 8000 Mark Eintrittsgelder sind weniger eingegangen wie im Jahr 1929. Das bedeutet, daß mindestens 10 000 Kollegen weniger den Weg zum Verband gefunden haben. Obwohl nie alle neu aufgenommenen dauernde Mitglieder werden, so ist dieser große Ausfall doch bedeutsam.

An Vollbeiträgen ist eine Mindereinnahme gegen 1929 von 660 000 Mark zu verzeichnen, der eine Mehreinnahme von 47 000 Mark für Erwerbslosenmarken gegenübersteht. Diese beiden Zahlen harmonieren aber nicht zueinander, weil der Ausfall an Vollbeiträgen zu durchschnittlich 90 Pfennig berechnet, zwangsläufig eine weit höhere Zahl an Erwerbslosenbeiträgen ergeben müßte. Nur Mitgliederverlust kann dafür die Erklärung geben. Die Mehreinnahmen an Erwerbslosenmarken zeigen uns einen ungeheuren Ausfall an Arbeitsverdienst. 470 000 Wochen war die Gesamtmitgliedschaft im Jahr 1930 länger erwerbslos als 1929. Für die davon speziell Betroffenen ist das eine Massenanhäufung von sozialem Elend, deren Folgen sich jeder selbst vorstellen kann und die zu erschreckenden Ergebnissen führen müssen bei den ganz unzureichenden Unterstützungen für Ausgesteuerte.

Durch die Gegenüberstellung der einzelnen Quartalsabrechnungen und im Verhältnis zur Jahresabrechnung für 1930 ergeben sich Unterschiede, die nicht nur durch die Krise verursacht sind, sondern auch durch lässige Beitragsleistung und Anschwellelassen erheblicher Beitragsreste. So bleibt das 1. Quartal mit seinen Einnahmen für Vollbeiträge und für Erwerbslosenbeiträge weit unter dem Jahresdurchschnitt; das 2. Quartal hat bei beiden Beitragsarten eine weit größere Einnahme als das 1. Quartal. Während das 3. Quartal mit seinen Vollbeiträgen ungefähr dem Durchschnitt entspricht, hat es an Erwerbslosenbeiträgen nur die Hälfte der Einnahmen wie das 2. Quartal; umgekehrt wäre es folgerichtiger. Und nun kommt im 4. Quartal eine Einnahme, die bei Vollbeiträgen ein geringes, aber beachtenswertes Mehr gegenüber dem 3. Quartal zeigt, bei den Erwerbslosenbeiträgen jedoch ein zweieinhalbfaches Mehr beträgt. Aufschluß über diese Unstimmigkeiten erhalten wir durch die seit 1. Juli 1930 eingeführten Invalidenbeiträge, die in der Abrechnung gesondert erscheinen. Sehen wir uns die entsprechenden Zahlen für Invalidenbeiträge an, so ergibt sich, daß hierfür im 4. Quartal 276 420 Wochenbeiträge à 10 Pfennig mehr als im 3. Quartal. Mit einem verhältnismäßig geringen Unterschied gleicht sich hierdurch das Mehr an Erwerbslosenbeiträgen im 4. Quartal gegenüber dem 3. Quartal aus. Die Zahlen in Mark ergeben demnach fast nur Restbestände aus Erwerbslosenbeiträgen, daß aber mehr, wie hier erkennbar, Vollbeiträge als Reste vorhanden waren, ist sicher.

Nun war das Jahr 1930 für uns aber auch ein abnormes, weil am 1. Januar neue Beitragsmarken ausgegeben wurden und dieses sich am 1. Juli bei Einführung der Invalidenbeiträge wiederholte. Deswegen auch im 2. Quartal die gegenüber den Vollbeiträgen unverhältnismäßig hohe Zahl an Erwerbslosenbeiträgen; es wurden eben bis zum 1. Juli, wenn äußerst möglich, alle bis dahin aufgelaufenen Rechte beglichen. Manchem Restanten mag da der „Fehler“ unterlaufen sein, einen Vollbeitrag zu drücken und dafür eine Erwerbslosenmarke zu kleben, was verwerflich ist. Dazu kam am Jahresende das Ablauen der alten und Ausstellung von neuen Büchern. Auch dieses bewirkte wieder Verschwinden von

So ähnlich wurden von jher die falschen Sprüche gelehrt, von jenen, die durch Geld und Besitz ihre Macht vermehrt. Darum du dich nicht, schaue frei in den Tag, trockne der Unbill, denn du bist schmal. Stehe nie abseits vom organisierten Willen, wirke für ihn immer laut oder im stillen. Glaube an unsere Zukunft! Die Arbeit wird frei von Ausbeutung. Unterdrückung und Hungerei.

Der Steinloper-Hannes.

Kohlenstaub und Altentasche

Musterknaben waren Steinmechanen nie, und ich glaube, wenn es richtig „vollkommene“ Menschen geben würde, dann — na, entschieden würden sie höchst langweilig wirken. Und, daß die Steinmechanen heute als Anwärter dafür anzusprechen sind... ich sehe allerlei dagegen. Vor vielen Jahren wurde allzuoft jener Brauch geübt, über den schon Tacitus sich wohl missbilligend geäußert haben. „Jener Brauch“ vererbt sich natürlich. Wie so vieles Gute und — Bessere.

Jedenfalls war auf dem Werkplatz schon der zweite Tag mit „Schußfest“ feiern ziemlich dem Feierabend nah gekommen. Der Alte, besorgt um rechtzeitige Fertigstellung der Stütze, kam mit vor Erregung aufleuchtender Glazie aus seinem Bau gestürzt und jammerte: „Wollt ihr denn nicht mehr arbeiten, was habt ihr denn, sagt's doch, wenn ihr was habt.“ Und erhielt die weise Antwort: „Was mer ham? Was soll mer denn ham, Dorcht ham.“

*

Kollege Karl hatte sich eine Büchse voll Zement zurechtgestellt. Ich glaube er wollte zu Hause Rattenlöcher verschmieren, denn auf Ordnung hielt er sehr. Die Büchse wollte er also nach Feierabend mitnehmen. Wir hatten gerade schlechtes Sandsteinmaterial mit vielen sogenannten Kohlenlöchern. Was lag also näher, als den Zement auszuschütten und mit dem wunderschönen, tief schwarzen Kohlenstaub zu vertauuchen. Am nächsten und übernächsten Tag fiel beiderseitig kein Wort — nur Karls Schnurrbartspitzen „es ist erreicht“ — zitterten leise. Endlich am dritten Tag platzte die Bombe. (Wir hatten ihn nach der Bindenkraft des Zementes gefragt.) Seine Entladung klang dann aus in den Worten: „Eich Brieder mißte mer elende ausruhen.“ Eingeweihte behaupten, er hätte abends seinen Schirm genommen und allein eine Bergpartie gemacht. Kollege „Kohlenschtoob“ heißt er noch heute.

*

Johann brauchte eine Altentasche. Sehr nötig sogar. Sie sollte gut sein und sie sollte nicht viel kosten. Nach Feierabend gingen wir los, Johann, drei Sachverständige und ich als künstlerischer Beirat für Altentaschen. Bis Ladenklau hatten wir noch zwei Stunden Zeit. Also! Konnten wir ja noch einen verlören unterdrücken. Nach der zwölften Runde — oder war es die achtzehnte — dachten wir wieder an die Altentasche.

Johann hat auch heute noch keine...

Reiten und damit überhöhte Einnahmen an Beiträgen trotz viel größerer Arbeitslosigkeit im 4. Quartal. Ein Teil der Reste ist erst bei Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung ausgeglichen worden. Jeder Kassierer wird in der Zahlstelle solche haben, die pünktlich ihre Unterstützung verlangen und dann erstaunt und ungehalten sind, wenn ihnen restierende Marken abgezogen werden müssen. Zu den leichten gehören auch die, die im letzten Jahr noch Rückstände an Kampfondsmarken erledigen müssen. Es mag für manchen von diesen hart gewesen sein, aber pünktliche und regelmäßige Beitragszahlung bilden das Rückgrat unseres Verbandes; die Beitragsdrücker, die mindere Beiträge zahlen, als ihr Stundenlohn beträgt, seien hier auch an ihre Pflicht erinnert.

Die „sonstigen Einnahmen“ berühren hier wenig, weil sie außer den Zinsen zwangsläufig fast ebenso hoch wieder in den Ausgaben enthalten sind. Auffällig ist das Einnahmehr an Zinsen und dergleichen, was sich nicht nur aus der Kapitalszunahme von 1929 erklären läßt.

Auch aus den Ausgaben, soweit sie als Unterstützungen jeglicher Art an die Mitglieder zurückfließen, läßt sich vieles entnehmen, wovon schon die Einnahmen eine beredte Sprache führen. Eine scheinbare Wiederholung bei Behandlung der Ausgaben läßt sich leider nicht vermeiden, führt aber zu weiteren Erkenntnissen.

Die drei Arten Erwerbslosenunterstützung weisen im Jahr 1930 eine Minderausgabe gegenüber 1929 auf. Also trotz größerer Arbeitslosigkeit im Jahr 1930 weniger Unterstützungsauwand dafür wie im Jahr 1929? Dieser Widerspruch bestätigt sogar das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Jahr 1930, wie wir auch später noch im Kapitel „Sonderunterstützung“ erfahren. Der strenge Winter Anfang 1929 veranlaßte im 1. Quartal damals ein Anschwellen der Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung. Ein großer Prozentsatz der Kollegen war dadurch ausgepeilt worden und die verminderte Arbeitsgelegenheit in der folgenden Zeit hinderte viele, sich einen neuen Anspruch zu erwerben. Erst im 4. Quartal 1930 mag das bei manchem wieder der Fall gewesen sein, denn dieses Quartal zeigt eine Rekordhöhe für Erwerbslosenunterstützung, die selbst die des 1. Quartals 1929 mit seiner Kälte weit übertroffen, was auch in sich steht, daß sehr viele Kollegen diese Unterstützung erstmals in Anspruch nehmen mußten.

Dieses beweist uns die Ausgabe für die Sonderunterstützung Weihnachten 1930, die über 11 000 Kollegen eine kleine Beihilfe gewährt. Diesen 11 000 Kollegen war es im ganzen Jahre 1930 nicht möglich gewesen, mehr als 13 Wochen Beschäftigung zu finden. Dabei befinden sich nun auch Invaliden und Mindererwerbsfähige, die kein Anrecht auf Invalidenunterstützung vom Verband haben und beitragsfrei sind; sie geben aber keinen Auschlag bei Beurteilung der Gesamtlage.

Die Ausgaben für Streif- und Gemahrgeltenunterstützung, für viele der Maßstab für die Stärke als Kampfsorganisation, die sich aber weit mehr noch meistens in anderer Weise offenbart, lassen auch die Krisenzeiten erkennen. Streifkosten haben sich verringert, die für Maßregelungen erheblich erhöht. Ein Zeichen des Unternehmer-Machtdunkels: Nicht muden, sonst fliegt du!

Die weiteren Ausgaben können außer Betracht bleiben, weil es gewissermaßen laufende sind, obwohl sich auch darin das Wirken des Verbands spiegelt. Hierzu ist Verbandszeitung und Unterrichtsurkunde besonders zu beachten.

Wer vorstehenden kritischen Betrachtungen gefolgt ist, zu dem werden Zahlen sprechen können und er wird sie auch verstehen. Es ist nichts reitlos behandelt und ergründet und überläßt es anderen, zu lernen, tiefer zu schürfen. Wer auf Grund dieser Anregung versucht, weiter einzudringen in die Zahlen unserer Abrechnungen, der beachte auch die der Zahlstellen.

S... z. W.

Das Steingewerbe in der Berufsberatung

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung bei den Arbeitsämtern ist auch im Geschäftsjahr 1929/30 wieder sehr stark in Anspruch genommen worden. Der Andrang war infolge der allgemeinen Verbleichung der Wirtschaftslage erheblich größer als im Vorjahr. Nicht allen Ratsuchenden konnte eine offene Stelle nachgewiesen werden, in vielen Berufen standen dem starken Angebot nur wenige offene Stellen gegenüber. Insgesamt wurden die Einrichtungen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung von 227 000 männlichen und 172 000 weiblichen Ratsuchenden in Anspruch genommen. Offene Stellen waren für männliche 137 000, für weibliche 60 000 gemeldet, und vermittelt wurden 87 200 männliche und 46 600 weibliche Personen.

Im Steingewerbe, einschließlich Steinseher, standen 1943 Ratsuchenden 614 offene Stellen gegenüber, und nur 379 wurden vermittelt. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich diese wie folgt (das Jahr 1929 ist zum Vergleich herangezogen):

Ratsuchende off. Stellen Vermittelte	1929	1939	1929	1930	1929	1930
Steinseher	662	673	164	203	135	179
Steinmechanen und Steinbildhauer	221	303	276	338	134	165
Steinleifer	46	67	98	73	62	35

Bei den Steinsehern hat sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung sowohl der Zahl der Ratsuchenden wie der offenen Stellen und Vermittelten durchgesetzt. Bei den Steinmechanen und Steinbildhauern zeigt sich die gleiche Entwicklung, wobei hier die stark gestiegene Zahl der Ratsuchenden und offenen Stellen besonders ins Auge fällt. Bei den Steinleifern haben die Ratsuchenden zugemessen und die offenen Stellen und Vermittelten abgenommen. Insgesamt ist die Zahl der Ratsuchenden im Steingewerbe von 929 im Vorjahr auf 1043, mithin um 114 gestiegen, die offenen Stellen vermehrten sich von 538 auf 614, mithin um 76, und die Vermittelten stiegen von 331 auf 379, also um 48. Unter den offenen Stellen in der Steinleiferei befanden sich 23 Ausländerstellen, in die 12 vermittelt wurden.

Im ganzen bieten die Ziffern kein günstiges Bild. Sie sind Ausdruck der Wirtschaftskrise und zeugen davon, daß viele ihre Hoffnungen auf Berufe setzen, die überfüllt sind, und in denen eine große

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

4. Gau. Die Sperre für die Steinmechanenbetriebe in Freiburg-Lauha besteht weiter.

5. Gau. Das Grabsteingeschäft Hermann Kemper in Westfalen ist nicht zu empfehlen; dort kostet und Logis, erheblicher Lohn und 11 Stunden Arbeitszeit. Solche Krauter mögen allein nageln.

6. Gau. Die Betriebe der Firma Plasterstein- und Schotterindustrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung.

7. Gau. In Martinlamiz b. Schwarzenbach a. S. bei der Firma Weier (Granitschleiferei) Streit.

11. Gau. In Rohrstock und im Stralsunder Bezirk ist der Lohnstreit erledigt.

Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Auch glaubt mancher, der nicht das Zeug dazu in sich hat, einen dieser Berufe erlernen zu müssen, ihm fällt es nachher doppelt schwer, fortzukommen. Die Berufswahl ist heute eine schwierige Frage, und wer nicht die Eignung für den Aussicht genommenen Beruf hat, soll lieber die Finger davon lassen. Die Erfahrungen lehren auch, daß die Berufe mit höherem Lohnniveau immer stärker bevorzugt werden, wobei freilich der größte Teil sich keine Gedanken darüber macht, woher es wohl kommt, daß diese Berufe besser bezahlt werden. Es muß den Neulingen immer nachdrücklich gelagt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation für die bessere Bezahlung gesorgt hat. E. N.

Wenzel Lahoda †. Auf unserem Verbandstag in Berlin im September 1929 konnten wir als Vertreter der im Tschechoslowakischen Bauarbeiterverband organisierten Steinmechanen den jetzt plötzlich am 22. April verstorbene Kollegen Wenzel Lahoda begrüßen. Seine gewerkschaftliche und sozialistische Schulung hat er nach seinen eigenen Erzählungen im Deutschland der Vorkriegszeit erhalten, das er als Steinmechaner durchwanderte. In Sachsen, Schlesien und Berlin arbeitete er als Sandsteinmechaner, die älteren Kollegen werden sich gewiß noch des böhmischen Kollegen erinnern, denn er war bei allen lustigen und ernsten Berufsvorcommunionen dabei. Nach Rückkehr in seine Heimat wurde er vom damaligen Österreichischen Steinmechanerverband für die Agitation angestellt, wobei ihm seine Fach- und Sprachkenntnisse sehr zufließen kamen. Nach dem Kriege war er eine kurze Zeit in der kommunistischen Bewegung der tschechischen Republik tätig, wurde aber bald zurück von seiner Einstellung, denn es war keine Vertretung der wirklichen Arbeiterinteressen. Der dortige Bauarbeiterverband übertrug ihm dann die Bezirksleiterfunktion im westböhmischen Steinbruchgebiet mit seiner zahlreichen Steinmechanerhaft. Dort hat er sehr erfolgreich gewirkt. Nun ist er, 59 Jahre alt, in Friedberg am 25. April unter zahlreicher Beteiligung der dortigen Arbeiterschaft beigesetzt worden. Die frühere Sandsteinbearbeitung war Veranlassung seines Todes, denn die Staubung hat ihm in letzten Jahren viel zu schaffen gemacht. Mit dem Kollegen Lahoda ist einer der bekanntesten und rühmtesten Steinmechanen des alten Österreichs dahingegangen. Sein ganzes Leben galt der Interessenvertretung der Steinmechaner des Nachbarlandes. Alle, die ihn gekannt haben, werden Wenzel Lahoda immer in Erinnerung behalten.

Köln. Am 24. April Versammlung. Kollege Gante gab Bericht von den stattgefundenen Lohnabbauserhandlungen für Steinmechaner. Die erste Verhandlung scheiterte an den übermäßigen Forderungen der Arbeitgeber. Das zuständige Tarifamt in Köln führte daraufhin am 21. April einen Spruch, der alle andern weit in den Schatten stellte. Es wurde ein Lohnabzug von 24 Pf. pro Stunde, 15 Prozent, vollzogen. Kollege Gante gab einen kurzen Überblick von den Lohnabzugsbewegungen im übrigen Deutschland, die alle zwischen 6 bis 12 Prozent schwanken. Verschiedene Kollegen sprachen über den Schiedspruch, waren sich aber alle darin einig, daß dieser Spruch nur zustande kommen konnte durch die große Zahl unorganisierter Kollegen und alles verlusti werden muß, die dem Verband zuzuführen. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs war gegen eine Stimme Abstimmung. Im Schlußwort sagte Kollege Gante zur Situation, daß die Möglichkeit besteht, den Schiedspruch zu unseren Gunsten zu ändern. Damit war die Tagesordnung eröffnet. *

Die Kölner Steinmechaner beschäftigen sich in drei Versammlungen innerhalb acht Tagen mit dem von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau im Steinmechanergewerbe. Der Arbeitgeberverband für das Steinmechanergewerbe von Köln u. Umg. wollte dem Bauernbund nicht nachbleiben und dictierte einen Abbau von 11 Prozent, gleich 18 Pf. pro Stunde. Eine am 17. April abgehaltene Versammlung lehnte das Diktat einstimmig ab und beschloß, nur zum alten Lohn von 1,68 Mark weiter zu arbeiten, bis Verhandlungen stattgefunden haben und ein neuer Lohn vereinbart worden ist. Da die Unternehmer den alten Lohn nicht weiter zahlen, beschloß sich eine am 19. April abgehaltene Versammlung über weitere Maßnahmen. Beschllossen wurde nunmehr, die Unternehmer bis spätestens Mittwoch, den 22. April, zur Verhandlung zu laden. Der AGB hat die Einladung folge geleistet, und nach mehrstündigem Verhandlung, in der die Lohnkommissionen jeglichen Lohnabzug ablehnten, machten die Unternehmer einen letzten Vorschlag: der alte Lohn wird bis zum 24. April weiter gezahlt, von da ab tritt eine Lohnsenkung von 6 Prozent, gleich 10 Pf. die Stunde ein. Eine am selben Abend stattgefundenen Versammlung, in der für und gegen den Vorschlag Stimmung gemacht wurde, beschloß den Vorschlag der Unternehmer anzunehmen. In der darauf erfolgten Bestätigung des neuen Lohnabkommen heißt es: „Bis zur endgültigen Lohnbewilligung im Baugewerbe.“ Demgemäß haben die Kölner Steinmechaner alle Ursache, auf dem Posten zu sein, um einen zweiten Lohnraub zu verhindern.

Essen. Generalversammlung am 19. April. Der Vorsitzende Kollege von Treck verliest einige Schreiben von der Zentrale und vom Kartell. Hierauf lebhafte Diskussion besonders darüber, daß in diesem Jahr die Maifeier mittags stattfinden soll. Im allgemeinen waren die Kollegen alle noch der Meinung, daß am Weltfeiertag der Arbeiterklasse die Arbeit zu ruhen hat, und nicht wie vom Ortsausstausch herausgegeben wurde, daß keine Aussöhnung erfolgen soll, die Arbeit ruhen zu lassen. Es folgte dann die Bezeichnung der Jugendbewegung; am 22. April soll die erste Zusammensetzung stattfinden. Es haben sich genügend Kollegen gemeldet, die die Jugendbewegung unterstützen wollen. Für uns alle kann nur die Rolung sein: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Dann erfolgte Kassenbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. 2 ältere und 2 jüngere Kollegen wurden dann zu Kassiren gewählt, damit auch die Jugend sich einarbeiten. Beim 3. P. forderte ein Kollege Ratsätze für Konferenzteilnehmer und -delegierte festzusetzen. Einige Kollegen protestierten ganz entschieden gegen die hohen Sätze, die in der heutigen Zeit an Gauleiter wie an die Kollegen gezahlt werden. Des weiteren wurde scharf Stellung genommen zum Invalidenbeitrag auf der Erwerbslosen

Rundschau



Achtung, Haushfrauen! Neuordnungen propagiert eine Hamburger Tapetefirma "10 Gebote für sachgemäße Tapetenbehandlung" sogar in Broschürenform und empfiehlt, zur Reinigung ziemlich erhebliche Mengen von Benziner zu verwenden. Es muß daher immer wieder darauf gewarnt werden, derartig leichtzündige Gefährdung von Leben und Gesundheit der Wohnungsinhaber zu riskieren. Die Gefahr liegt darin, daß die sich entzündenden Benzingase mit der atmosphärischen Luft gemischt außerordentlich explosiv sind. Diese Benzindämpfe sind schwerer als die atmosphärische Luft, bewegen sich am Boden entlang entsprechend den hier herrschenden Strömungen und kommen auch an weit von der Benutzungsstelle des Benzin entfernten Feuerstellen, brennenden Lichtern, entzündeten Streichhölzern oder gar schon an Funken von elektrischen Kontakten zur Entzündung und Explosion. Schon 2,5 Teile Benzin auf 100 Teile Luft, also ganz geringe Mengen, lassen das gefährliche Explosionsgemisch entstehen. Selbst das Deffen der Fenster bei solchen Arbeiten genügt nicht als Vorbeugungsmaßnahme, weil die schweren Benzindämpfe auf dem Boden ruhen und nicht abziehen können. — Geradezu geheimgefährlich ist das Forttischen benutzer Benzinmengen in die Wasjerleitungen, Toiletten und dergleichen. Denn dadurch können explosionsgefährliche Gasmengen in die Kanalisation gelangen, die sich schlimmer auswirken können, als wenn man ganze Straßenzüge mit Dynamit unterlegt.

Das Ende einer Verleumdung gegen die Gewerkschaften. Für die KPD sah ihrer AGO gibt es nur einen Feind: die freien Gewerkschaften und ihre Führer. Kann man die Gewerkschaften nicht bekämpfen, so kann man doch ihre Führer beschimpfen, verdächtigen und verleumden. Mit einer dieser schmutzigen Verleumdungen hatte sich jetzt die Zweite Zivilkammer des Dresdner Landgerichts zu befassen.

Die kommunistische "Arbeiterstimme" in Dresden hatte im September vorigen Jahres im Anschluß an die Bundesauskühlung der freien Gewerkschaften im Dresdener Volkshaus die Behauptung aufgestellt, die Sitzung sei mit Sauf- und Freßgelagen abgeschlossen worden. Obwohl diese Behauptung von der Dresdner "Volkszeitung" sofort als unwahr zurückgewiesen wurde, blieb die kommunistische "Arbeiterstimme" bei ihrer Verleumdung, ja, sie veröffentlichte sogar eine Speise- und Weinkarte, womit sie die Richtigkeit ihrer Behauptung beweisen wollte. Daraufhin strengten Leipart, Graßmann, Hermann Müller-Lichtenberg und Arndt gegen die Verleger der kommunistischen "Arbeiterstimme" einen Zivilprozeß an.

Die Beklagten wurden verurteilt, eine Wiederholung der Verleumdung der Mitglieder des Bundesausschusses des ADGB zu unterlassen und den Klägern allen Schaden zu erschaffen, der ihnen durch die Aufstellung der fraglichen Behauptungen entstanden sei. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß sich die Behauptungen der "Arbeiterstimme" als völlig hältlos erwiesen haben. Die fraglichen Berichte seien Presseerzeugnisse, die absichtlich die Ehre und das Ansehen des Gegners herabzusuchen jüchten. Die Veröffentlichung und Verbreitung derartiger unwahrer, verleumderischer Geckatüte verstoße ohne weiteres gegen § 826 BGB; denn das Unstadsgefühl und der Gerechtigkeitssinn aller billig und gerecht Denkenden werde dadurch verletzt.

Die Oberbergische Grauwackenindustrie findet im Rahmen einer Gesamtstudie, von der Kölnischen Zeitung unlängst veröffentlicht, folgende Darstellung: Die oberbergische Grauwackenindustrie hat im Verlauf ihres Auf- und Ausbaues schon wiederholt schwerste Krisen durchgemacht und steht auch augenblicklich wieder mitten in einer solchen. Dies hängt natürlich in der Haupttheorie mit der allgemeinwirtschaftlichen Verschärfung zusammen, dann aber auch damit, daß sich frühere Sünden jetzt in einer Zeit der Depression besonders schwer rächen. In den Tagen besserer Grauwackenjunktur nämlich ist es sehr oft vorgekommen, daß minderwertiges

Briefkästen

Wiederholung des Rentenantrages. Ist der Antrag auf Invalidenrente endgültig abgelehnt worden, weil dauernde Invalidität nicht nachzuweisen war, so kann ein neuer Antrag erst nach einem Jahr, nachdem die Entscheidung zugestellt worden ist, vorher aber nur dann gestellt werden, wenn glaubhaft bescheinigt wird, daß inzwischen Umstände eingetreten sind, die den Nachweis der Invalidität liefern. Ein solcher Nachweis ist im allgemeinen durch Vorlegung einer ärztlichen Bescheinigung zu erbringen. Wird ein Nachweis nicht beigebracht, so weist der Vorstand der Versicherungsanstalt den vorzeitig wiederholten Antrag zurück. Der Beleid ist nicht anfechtbar!

K. B. Wann ist ein Anspruch verjährkt? Es handelt sich um Wäsche, welche meine Frau schon 1928 gekauft hat. Ich konnte wegen Arbeitslosigkeit nicht bezahlen. Die Firma hat seit Dezember 1928 nichts von sich hören lassen. Jetzt kommt sie an und verlangt das Geld innerhalb einer Woche. — Antwort: Dieser Anspruch ist mit dem Ablauf des Jahres 1930 verjährkt, wenn die Verjährung nicht etwa gehemmt oder unterbrochen worden ist, z. B. durch Abzahlungszahlung oder Stundung usw. Die Verjährungsrede muß Du im Prozeß geltend machen. Sie wird nicht etwa vom Richter von Amts wegen berücksichtigt.

Anspruch. Wieviel ist von meinem Wochenlohn pfändbar? Ich verdiente 32 Mark brutto. — Antwort: Dann ist Dein Lohn unpfändbar. Erst wenn Du über 45 Mark wöchentlich kommst, wird die Unpfändbarkeitsgrenze überschritten. In übrigen wird nicht der Netto, sondern der Bruttolohn hierbei in Ansatz gebracht. Allerdings weiß ich nicht, ob es sich bei dem Anspruch, wegen dessen die Pfändung erfolgen soll, nicht vielleicht um einen Unterhaltsanspruch handelt. Dann wird die Sache anders. Gib hierüber Schrift.

Waise. Erhalten die Kinder meines verstorbenen Bruders auch dann Waisenrente aus der Invalidenversicherung, wenn sie das 15. Lebensjahr vollendet haben? Besteht keine geistige Möglichkeit? Beides sind Lehrlinge. — Antwort: Erhält das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Waisenrente für deren Dauer gewährt, jedoch nicht über das 21. Lebensjahr hinaus. Wir empfehlen, der Landesversicherungsanstalt zu schreiben und gleich die Lehrverträge mit einzusenden. Dann wird die Angelegenheit sich glatt erledigen.

Material von Unternehmern, die keine Fachleute waren, als erstklassige oberbergische Grauwacke in den Handel gebracht worden ist von Unternehmern, die ein Vorkommen nicht planmäßig abbauten, sondern nur aus der jeweils günstigen Geschäftslage Nutzen zu ziehen jüchten. Solche "Unternehmer" verschwinden dann auch meist wieder, ohne in der Entwicklung irgendeine rühmliche Rolle gespielt zu haben. Dazu kommt noch, daß die Basaltindustrie des Rheingebiets im Schotter- und Kleinschlaggeschäft der Grauwacke einen recht erheblichen Wettbewerb macht. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Steinindustrie des Oberbergischen stellte sich vor dem Kriege auf etwa 3000 und nach dem Krieg auf höchstens 2500 infolge der Freisetzung von menschlichen Arbeitskräften durch stärkere Mechanisierung der Kleinschlagherstellung. Inzwischen ist ein weiterer Rückgang auf 1000 eingetragen, der hauptsächlich auf mangelnde Aufträge zurückzuführen ist. Das Volk dieser Gegend, das seine Väter und Söhne in die Grauwacke schickt, während die Frauen Haus und Hof bestellen, leidet um so mehr unter dieser Entwicklung, als der Afkordarbeiter früher in beachtlichem Ansehen gestanden hat. Er zählte unter die anerkannten Qualitätsarbeiter, sein Lohn war seiner Fähigkeit entsprechend, und Monatseinkommen qualifizierter Kräfte von 300 bis 400 RM. blieben teineswegs Seltenheit. Die Basalt-A.-G. Linz hat sehr viele Grauwackenunternehmungen des Oberbergischen Landes aufgekauft, zum großen Teil aber in den letzten Jahren stillgelegt.

Arbeitslose sollen Hausbesitzer werden. Die Stadt Harburg an der Elbe versucht ein großzügiges Projekt durchzuführen. Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, will die Stadt von erwerbslosen Bauhandwerkern, Bauhilfsarbeitern und andern Erwerbslosen, die als Bauarbeiter tätig sein wollen, Wohnungen bauen lassen. Die Stadt liefert das Baumaterial und stellt das Bauland zur Verfügung. Die erwerbslosen Bauarbeiter werden gruppenmäßig zu Arbeitsgemeinschaften in Stärke von durchschnittlich acht Personen zusammengezlossen. Die Arbeitsgemeinschaften treten bei der Abrechnung der Anzahlungen u. v. als Einheit auf. Das Stadtbauamt schließt mit jedem Mitwirkenden einen Vertrag ab, in dem alle Rechte und Pflichten gegenseitig geregelt werden. Die öffentliche Unterstützung der Erwerbslosen soll fortlaufen. Arbeitsgerät und Material stellt die Stadt, das Geld stellt die Städtische Sparkasse vor. Die vorgestreuten Gelder sollen später als 1. Hypothek auf das Grundstück eingetragen werden. Weiter soll eine Sicherungshypothek von der Hauszinssteuer oder von der Stadt gewährt werden. Die von den beteiligten Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden gelten als Anzahlung auf den zukünftig ihnen gehörenden Grundbesitz. Die Heimstätten werden als Doppelwohnhäuser gebaut. In erster Linie sollen Verheiratete berücksichtigt werden. Wer sich meldet, muß sich verpflichten, das Land auch tatsächlich zu bebauen. Die Grundstücke sind so groß, daß jeder Mieter einen kleinen Garten bewirtschaften kann. Vorläufig ist die Errichtung von 128 Wohnungen vorgesehen. Es handelt sich hier um einen Versuch, brachliegende Arbeitskräfte entsprechend zu verwerten. Man kann dem Gelingen dieses Experiments mit Aufmerksamkeit entgegensehen. Dieser Plan beweist aber, daß keineswegs bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, Arbeitslose in den Wirtschaftsprozeß wieder einzuschalten.

Die Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat an den Reichsarbeitsminister eine Denkschrift gerichtet, die sich gegen den Vorschlag der Brauns-Kommission wendet, die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusehen und Überarbeit von besonderer behördlicher Genehmigung abhängig zu machen. In der Eingabe wird betont, daß die Arbeitgeberverbände von sich aus ihre Mitglieder angewiesen hätten, die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo dies technisch und wirtschaftlich möglich sei. Die Zahl von 2,2 Millionen Kurzarbeitern beweist, daß diesen Wünschen weitgehend Rechnung getragen sei. Dagegen sei ein gesetzlicher Zwang weder durch die tatsächlichen Verhältnisse begründet, noch trage er den zwingendsten wirtschaftlichen Voraussetzung Rechnung, die für eine Wiederauflebung der Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes gegeben sein müßten. In den weiteren Ausführungen der Eingabe an das Reichsarbeitsministerium werden alle möglichen Einwendungen gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit herangeholt. Ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit sei darin zu suchen, daß die freie Beauftragung der wirtschaftlichen Unternehmungen in immer starkerem Maße durch Gesetze und Zwangstarife eingeengt worden sei. Nur eine Befreiung von derartigen gesetzlichen Beschränkungen und eine allgemeine Verbilligung der Produktion durch Senkung der Gestehungskosten könnten zum Ziele führen. Nur eine Entlastung der Selbstkosten durch Herabsetzung der öffentlichen und sozialen Ausgaben und damit eine stärkere Förderung der Kapitalbildung sowie des Exports ermöglichen einen neuen Konjunkturaufschwung. Dann wird eine ausführliche Aufrechnung gebracht, welche Schäden die Brauns-Kommission mit sich bringen würden. Allerhöchstfalls würde eine Entlastung des Arbeitsmarktes von 300 000 bis 500 000 Arbeitskräfte erfolgen können. Die Einhaltung der Gewerbeaufsicht bei der Arbeitszeitverkürzung und Überstundenfrage würde nicht nur lästig sein, sondern auch eine Belastung der Produktionskosten zur Folge haben. In Betrieben mit fortlaufendem Arbeitsgang bringe die notwendige Einführung einer höheren Schichtzahl eine Belastung. Erhöhte Investitionen wären notwendig. Die Beschränkung der Überstunden wirkt ebenfalls kostensteigernd und verhindert in vielen Fällen die Bereitnahme von Aufträgen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Verkürzung der Arbeitszeit führt zu einer Gefährdung unseres Exports und zu einer Verlagerung der Auftragserteilung zu ungünstigen der deutschen Industrie. Die deutsche Industrie werde auf keinen Fall mit einer ihr aufgezwungenen 40-Stundenwoche auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren können. Kurzum, eine derartige Arbeitszeitverkürzung würde keine Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern eine Vergrößerung derselben im Gefolge haben.

Wir haben versucht, die Argumente der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zusammenfassend wiederzugeben. Es ist schlechterdings alles herangezogen worden, was nur irgendwie als Gegenbemerkungen dienen kann. Diese Denkschrift hat den Zweck, die Regierung im letzten Augenblick einzuhütern, damit sie die Vorschläge der Gewerkschaften oder auch selbst der Kommission nicht berücksichtigen soll. Der Zweck ist also ganz klar. Es fragt sich nur, ob die Kraft der Regierung ausreicht, dem Druck der Unternehmer zu widerstehen. Wir müssen von vornherein hierin großen Zweifel sehen. Die Vorschläge der Brauns-Kommission waren den Gewerkschaften sicher nicht weitgehend genug. Aber selbst die Einräumungen, die die Kommission gemacht hat, genügen den Unternehmern nicht. Sie benutzen die Gelegenheit, um einen allgemeinen Angriff auf die sozialpolitischen Gesetze und das Taxifahren zu unternehmen. Hier liegt der eigentliche Grund der lebhaften Tätigkeit der Arbeitgeberverbände. Die Gewerkschaften haben keine Ursache, in ihrem Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie nach-

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Tangermünde wurde der Steinseer Karl Raabenburg wegen Tarifbruchs ausgeschlossen.

*

Folgende Zahlstellen haben bis zum 10. Mai 1931 die Abrechnung des 1. Quartals noch nicht eingegangen:

1. Gau: Joachimsthal, Labes, Neuruppin, Pritzwalk, Stülpönen, Wangerin, Wartenburg.
2. Gau: Leobschütz, Lübben, Mauer, Schönberg.
3. Gau: Herlasgrün, Scheibenberg, Zöblitz.
4. Gau: Arnstadt, Flechtingen, Freyburg a. d. Unstrut, Hörsingen, Mühlhausen, Schöningen.
5. Gau: Bottrop, Bredenheid, Buer, Hattingen, Wattenscheid, Wiesl.
6. Gau: Albersheide, Asbach, Dierdingen, Eberbach (Baden), Ruthweiler, Wyhlen.
7. Gau: Bühlberg, Kronach, Viechtach, Weidenberg, Zinst.
8. Gau: Bischofsheim, Reistenhausen.
9. Gau: Beilstein, Birlenbach, Buchenau, Driedorf, Geilnau, Ober-Widdersheim, Steinau/Schlüchtern, Oberkleen.
10. Gau: Groß-Roppershausen.
11. Gau: Delmenhorst, Ibbenbüren, Demmin, Oldenburg (Holstein), Stade, Varel.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen

Sonntag, 16. Mai:

In Caputh um 20 Uhr bei Hofmann.

Sonntag, 17. Mai:

In Berlin (Steinleher und Berufsgenossen) um 10 Uhr in den Brunnenälen, Brunnenstraße 1.

Sonntag, 24. Mai: vernehmen am geradezu als In Pawaaldau (B. 1. Impfund) des ganzen bisherigen Ringens der

Sonntag, 31. Mai: am 1. Impfund

In Essen (Steinleher und Marmeling) bei Föller - Büchertreiberei

*

Invaliden, Berlin: Die Auszahlung der Invalidenunterstützung für Berlin erfolgt am Freitag, 15. Mai, von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Keine örtliche Reiseunterstützung mehr in: Beuthen, O.-Schles.

Adressenänderungen

1. Gau: Hammerstein. Vor.: Wilhelm Dose, Bärenhütte, Post Bärenwalde, Kr. Schlochau.
6. Gau: Bühl. Vor.: Jakob Beck, Steinhauer, Bühl (Baden), Bergmühle.
7. Gau: Bühlberg. Vor. u. Kass.: Johann Machörndl, Steinmehl.
10. Gau: Fuhrbach. Vor.: Franz Lüder, Nr. 13.

Anzeigen

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 Mark an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 389, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 35284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 32550, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl, Rahmen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späteren Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.

Ostritz. Am 28. März der Hilfsarbeiter Willy Sommer, 30 Jahre alt, tödlicher Unfall.

Osterwald. Am 14. April der Sandsteinmetz Wilhelm Ziegenmeier, 53 Jahre alt, 4 Wochen lungenkrank.

Jakubowitz. Am 20. April der Rammer Wilhelm Clement, 42 Jahre alt, 1½ Jahr lungenkrank.

Wurzen. Am 28. April der Brecher Hermann Kühne, 79 Jahre alt, Altersschwäche.

Hildesheim. Am 28. April der Schleifer Otto Pieper, 44 Jahre alt, 5 Jahre arbeitsunfähig, Magenkrebs.

Osnabrück. Am 30. April der Hilfsarbeiter Adolf Beste, 63 Jahre alt, 14 Wochen krank. Lungenentzündung und Grippe.

Pirna. Am 1. Mai der Sandsteinmetz Rudolf Vater, 42 Jahre alt, 9 Monate krank, schwere Staublunge.

Luckenwalde. Am 2. Mai der Steinsetzer Adolf Schmidt, 73 Jahre alt, 14 Wochen krank, Drüsenerkrankung.

Leipzig. Am 7. Mai der Sandsteinmetz Karl Spranger, 67 Jahre alt, 2½ Jahre, Berufskrankheit.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

